



Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLETT DER PARTEI **DIE LINKE.** FRANKFURT (ODER)
AUSGABE 10.2017 | 14. Dezember 2017 SPENDENBEITRAG AB 0,50 €



Dr. Marcus Winter und Alena Karaschinski (Sprecher*innen der Partei Bündnis90/Die Grünen Frankfurt (Oder)), Oberbürgermeister-Kandidat René Wilke und Thomas Nord (Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) (v.l.n.r.))

100% Vertrauen für René Wilke

Zur Nominierung unseres Oberbürgermeisterkandidaten kamen die Kreisverbände der Frankfurter LINKEN und Bündnis 90/Die Grünen am Samstag, den 9. Dezember 2017 zu einer gemeinsamen Wahlversammlung zusammen

Die Mitgliedschaften beider Parteien wählten den 33-jährigen, gebürtigen Frankfurter, Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung, René Wilke, mit 100% zu ihrem Kandidaten für die Wahl des Oberbürgermeisters am 4. März 2018. Außer von LINKEN und Grünen, wird er auch von vielen parteilosen BürgerInnen unterstützt und getragen.

René Wilke bedankte sich für das einstimmige Votum und das damit verbundene große Vertrauen. Er werde weiterhin sein bestes geben, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

In seiner Rede blickte René auf die vergangenen Wochen zurück. „Ich bin fest davon überzeugt: Frankfurt geht besser! Mit unseren Zukunftswerkstätten haben wir gezeigt, dass Politik anders gelebt werden kann. Mit den Menschen, statt über ihre Köpfe hinweg! So kann er gelingen: Der Aufbruch für unsere Stadt!“

Die Wahlkampagne unseres Kandidaten steht unter der Überschrift: „Frankfurt geht besser!“

René sagte in seiner Rede dazu: „Diese drei Worte drücken das aus, was unsere feste Überzeugung ist: Frankfurt ist eine liebenswerte Stadt mit unzähligen

engagierten Menschen, denen ihre Stadt am Herzen liegt. Aber wir sind auch eine Stadt der unausgeschöpften Potentiale. Frankfurt kann mehr! Als europäische Doppelstadt, als Universitätsstadt, als soziales, kulturelles und sportliches Zentrum der Region und auch als Teil des Metropolenraums um Berlin.

Uns eint der Wille jeden Tag daran zu arbeiten, um diese Potentiale endlich zu heben. Indem wir Politik, partei- und generationsübergreifend neu denken und im Miteinander statt im Gegeneinander gestalten. Das ist der politische Kulturwechsel den wir brauchen! Genau dafür stehe ich!“

OB-Wahl 2018
Bericht von der gemeinsamen Wahlversammlung von LINKEN und B90/Grünen

Seite 3

Kreisparteitag
Entscheidungen und Ergebnisse der 2. Tagung des 6. Kreisparteitages

Seite 4

Leitantrag
DIE LINKE. Frankfurt (Oder) im Wandel

Seiten 10 - 12

#metoo
konsequent statt Konsequenzen

Seite 16

Termine

Vereinte Nationen (UN)
18. Dezember

Internationaler Tag der Migrant*innen

Bundesrat
18. Dezember

Gedenken für die Opfer des Völkermordes an den Sinti und Roma

01. Januar

Sieg der Revolution/Tag der Befreiung (Kuba)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder), DIE LINKE. Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

11. Januar, 17:00 Uhr

Neujahrsempfang 2018

📍 Kleist Forum Frankfurt (Oder), Platz der Einheit, 15230 Frankfurt (Oder)

Jahrestage

16. Dezember 2001

† **Stephan Heym**

23. Dezember 1888

* **Friedrich Wolf**

Friedrich Wolf war ein deutscher Arzt, Schriftsteller und kommunistischer Politiker

24. Dezember 1946

* **Michael Schumann**

15. Dezember 1919

† **Rosa Luxemburg**

15. Dezember 1919

† **Karl Liebknecht**

Historische Ereignisse

01. Januar 1993

Die Regelungen für den Europäischen Binnenmarkt treten in Kraft.

04. Januar 1993

Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv nimmt ihre Arbeit auf.

05. Januar 1983

Die Regierungschef der Staaten des Warschauer Vertrags schlagen in Prag den NATO-Staaten ein Abkommen über Gewaltverzicht vor.

Information

Freitags von 10:00 bis 13:00 Uhr steht Joachim Wawrzyniak in der Kreisgeschäftsstelle der Frankfurter LINKEN als Gesprächspartner zu folgenden Themen bereit:

ALG I

Wann, wie und wo muss ich mich arbeitslos melden? Welche Leistungen gibt es und ist das Arbeitslosen Geld richtig berechnet? Was ist bei einer Eingliederungsvereinbarung (gilt auch bei Hartz IV) zu beachten. 2016 wurden bei ca. 3,5 Millionen Arbeitslosengeld I Empfänger - 753.000 von ihnen vom Arbeitsamt Sanktioniert.

ALG II – Hartz IV

Viele Beschäftigte haben einen Mini-Job, Leiharbeit oder Werksverträge und andere Erwerbstätige geraten durch Niedriglohn immer wieder in existenzielle Nöte und müssen ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufstocken. Welche ergänzenden finanziellen Leistungen stehen einem zu. Des Weiteren geht es um KDU (Kosten der Unterkunft) Schulstarterpaket, Klassenreisen, Teilhabepaket und Anschaffungen (z.B. Waschmaschine, Kühlschrank, Brille usw.).

Auf prekäre Arbeit folgt Armut im Alter

Wenn das Einkommen für den Lebensunterhalt im Alter nicht ausreicht sollte bis 823,- Euro Einkommen prüfen lassen ob ihm noch Anteile an Grundsicherung im Alter zusteht. Wer bekommt Grundsicherung? Wie hoch ist die Grundsicherung? Müssen Kinder für ihre Eltern zahlen?

Dies alles und weiteres können wir in einem persönlichem Gespräch erörtern.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kreisgeschäftsstelle

Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)
5. Etage, Telefon: 0335 / 400 20 47

Neujahrsempfang 2018 Frankfurt geht besser 10. Januar, 17:00 Uhr Kleist Forum Frankfurt (Oder)

DIE LINKE.

Schließzeiten zum Jahreswechsel

Die Kreisgeschäftsstelle der Frankfurter LINKEN und die Wahlkreisbüros der Abgeordneten René Wilke (MdL), Thomas Nord (MdB) und Helmut Scholz bleiben in der Zeit vom 20. Dezember 2017 bis einschließlich 7. Januar 2018 geschlossen.

Die Kreisgeschäftsstelle ist ab dem 9. Januar wieder geöffnet.

Kassenzeiten in der Kreisgeschäftsstelle

Donnerstag, 04.01.2018, 13:30 bis 16:00 Uhr

Donnerstag, 18.01.2018, 13:30 bis 16:00 Uhr

(Es ist bitte zu beachten, dass die Abrechnung von Spenden- und Beitragslisten, die Barzahlung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie die Beantragung von Auslagenrückerstattungen nur zu den Kassenzeiten in der Kreisgeschäftsstelle erfolgen kann.)

Zum Geburtstag gratulieren wir sehr herzlich:

Hans Retterath am 18.12. zum 91.; **Christa Fischer** am 21.12. zum 83.;
Karl-Heinz Moritz am 21.12. zum 72.; **Wolfgang Schmidt** am 22.12. zum 85.;
Hannelore Kulla am 23.12. zum 84.; **Karl-Ernst Ehwald** am 26.12. zum 79.;
Theodor Plontasch am 27.12. zum 83.; **Helmut Hirthe** am 30.12. zum 84.;
Ingeborg Senst am 02.01. zum 90.; **Erika Glage** am 04.01. zum 82.



Stand 13.12.2017

Rot-Grüne Visionen für Frankfurt

Auf der gemeinsamen Versammlung der Kreisverbände DIE LINKE Frankfurt (Oder) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt (Oder) zur Bestimmung der Bewerberin/des Bewerbers für die Oberbürgermeisterwahl 2018 dominierte eine optimistische, kämpferische Aufbruchstimmung



Nachdem den rechtlichen Anforderungen zur Aufstellung und Wahl des Kandidaten/der Kandidatin Genüge getan war, ergriffen der Kreisvorsitzende der LINKEN Genosse Nord und die 1. Sprecherin von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Karaschinski das Wort.

Beide Vorsitzende verwiesen zwar auf Unterschiede zwischen beiden Parteien, aber die Erfahrungen gemeinsamer Arbeit auf kommunaler Ebene und die Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt veranlassen beide Parteien, die Bewerbung René Wilkes für das Amt des Oberbürgermeisters zu unterstützen und dafür erstmalig und bisher einzigartig eine Listenverbindung einzugehen und ihn als gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, für dessen Erfolg in der Wahl die Potentiale beider Parteien voll auszuschöpfen und nach erfolgreicher Wahl ihm als neuen OB zur Seite zu stehen.

Genosse Thomas Nord schätzte auf Grund der langjährigen Zusammenarbeit mit René Wilke ein, dass dieser das

Wissen, die Fähigkeiten, die Erfahrungen und die charakterlichen Eigenschaften mitbringt, um an der Spitze der Verwaltung diese Stadt auf ihrem Weg zu einer sozial gerechteren, lebenswerten, weltoffenen, nachhaltigen Stadt voranzubringen. Die drei Werkstätten in den vergangenen Wochen sind ein Beispiel dafür, dass Genosse Wilke auf die Menschen zugeht und über Parteigrenzen hinaus Menschen gewinnen kann, damit sie sich für das Zusammenleben in der Stadt einbringen.

Frau Karaschinski beschrieb die Vision für eine Stadt, die das natürliche Oberzentrum der Region sein kann und sein muss, einer Stadt, die lebenswert für Jung und Alt sein kann, ein „Geheimtipp“ für all jene, die das Zusammenleben von Deutschen und Polen erleben wollen.

Für eine solche Vision ist ein Generations- und Kulturwechsel notwendig, der mit dem gemeinsam aufgestellten Kandidaten gegeben ist. Sie rief die Mitglieder beider Parteien dazu

auf, alle Kräfte zu bündeln: „Wir können es schaffen, packen wir es an.“ Anschließend begründete René Wilke in einer bewegenden Rede seine Kandidatur.

Kritisch legte er den Finger auf viele wunde Punkte der Stadt, an deren Überwindung DIE LINKE schon in der Vergangenheit gekämpft habe. Aus tiefer Überzeugung kommt er zum Schluss: Aus dieser Stadt kann man mehr machen - „Frankfurt geht besser“.

Er umriss schwerpunktmäßig sein Programm, in das in nächster Zeit u. a. auch die Ergebnisse der drei Werkstätten einfließen werden. Es wird zum Neujahrsempfang vorgestellt werden. Nach seiner Rede unterstützten fünf TeilnehmerInnen seine Bewerbung.

Die anschließende Wahl ging mit dem überwältigenden Ergebnis von 100% Zustimmung zu Ende.

Sonnhild Grünberg



Richtungsweisende Entscheidungen

Am Sonnabend, dem 9.12.2017, fand die 2. Tagung des Kreisparteitages DIE LINKE statt. Schwerpunkt waren die Wahlen der Delegierten und deren Vertreter zum Bundesparteitag bzw. Landesparteitag sowie für den Landesausschuss.



Zwischen den Wahlgängen wurde debattiert und Impressionen von den drei Werkstätten in Vorbereitung auf die Kandidatur Genossen Wilkes für das Amt des Oberbürgermeisters gezeigt. Eingangs sprach Genosse Thomas Nord zu einigen Schwerpunkten der Politik der Partei DIE LINKE nach der Bundestagswahl und der Absage der Kreisgebietsreform im Land Brandenburg.

Er dankte nochmals allen Genossen, den jungen wie den alten, für das große Engagement während des Wahlkampfes. Die Ergebnisse der Bundestagswahl zeigten noch einmal nachdrücklich, dass die Partei u. a. ein strukturelles Problem habe. Durch zahlreiche Neueintritte – sehr erwünscht und sehr notwendig – finde ein Verjüngungsprozess statt, der sich aber in den urbanen Zentren vollziehe. Es stellt sich die Frage, wie diese positive Entwicklung auch in die Fläche getragen werden kann. Das wird ein Schwerpunkt beim Bundesparteitag im kommenden Jahr in Leipzig sein.

Daran hängen auch Antworten auf solche Fragen ab, wie linke Politik zur komplizierten nationalen und internationalen Lage in die Gesellschaft hinein kommuniziert werden kann. Des weiteren sei es wichtig, dass die Debatten im Parteivorstand nach außen in sachlicher Art getragen werden und verwies auf das Beispiel der Flüchtlingspolitik. Insgesamt liege ein weiterer Schwerpunkt auf der Vermittlung politischer Inhalte. Bezogen auf die Politik der LINKEN auf Landesebene beurteilte Genosse Nord

die Absage der Kreisgebietsreform nicht als Ende der Koalition mit der SPD.

Aber es sei unumgänglich, dass es das Ziel auf dem Landesparteitag im März sein muss, aus der politischen Defensive heraus und in die Offensive zu kommen. Damit richtet sich der Fokus auch auf die kommenden Wahlkämpfe, zu denen auch der für das Amt des Oberbürgermeisters in Frankfurt gehört. Der neu zu wählende Landesvorstand muss die neue politische Strategie und die sich daraus ergebenden Aufgaben festlegen und umsetzen. Dafür werde jede Genossin und jeder Genosse gebraucht. Mit Blick auf die OB-Wahl sei es notwendig, mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

In der Diskussion ergriffen drei Genossinnen und Genossen das Wort. Der Vorschlag, traditionsgemäß wieder für die Frankfurter Tafel zu unterstützen, wurde aufgegriffen und erbrachte am Ende einen Betrag von 324,50 Euro. Weiterhin wurde die derzeitige Arbeit am „Roten Hahn“ thematisiert. Es wurde an die große Verantwortung appelliert, Genossen René Wilke im Wahlkampf und dann bei seinem hoffentlich erfolgreichen Einzug ins Rathaus bei seinem schönen und zugleich schwierigen Amt zu unterstützen.

Die Wahlgänge verliefen unter der Leitung der Wahlkommission satzungsgemäß. Alle Kandidaten wurden mit großer Mehrheit gewählt.

Elke Thiele

Ergebnisse des 6. Kreisparteitages

1. Tagung des 6. Kreisparteitages (14.10.2017)

Auf der 1. Tagung des 6. Kreisparteitages am 14. Oktober 2017 wurden folgende Genoss*innen in den Kreisvorstand gewählt:

Kreisvorsitzender

Thomas Nord

Kreisschatzmeister

Frank Hühner

Mitglieder des Kreisvorstandes

Annelie Böttcher

Elke Thiele

Jan Augustyniak

Tom Berthold

Thomas Bley

Hubert Richter

Joachim Wawrzyniak

2. Tagung des 6. Kreisparteitages (09.12.2017)

Auf der 2. Tagung des 6. Kreisparteitages am 9. Dezember 2017 wurden folgende Genoss*innen als Vertreter*innen für Bundes- und Landesparteitag, sowie für den Landesausschuss gewählt:

Delegierte Bundesparteitag

Annelie Böttcher

Frank Hühner

Ersatzdelegierte Bundesparteitag

Tom Berthold

Christiane Graf

Delegierte Landesparteitag

Sandra Seifert

Annelie Böttcher

Kerstin Meier

René Wilke

Tom Berthold

Frank Hühner

Ersatzdelegierte Landesparteitag

Lisa Hölzer

Christiane Graf

Christiana Rothe

Jan Augustyniak

Achim Wawrzyniak

Stefan Schwartz

Vertreter*in im Landesausschuss

Jan Augustyniak

Ersatzvertreter*in im Landesauschuss

Tom Berthold

Wir gratulieren allen Gewählten sehr herzlich und wünschen viel Kraft für die neuen Aufgaben.

Wieder ist Wahlkampf

Diesmal für unseren OB-Kandidaten René Wilke. Neben den allbekannten Formen wird es in diesem Wahlkampf wegen der Jahreszeit weniger Info-Stände geben, stattdessen mehr direkte Gespräche mit den Bürgern unserer Stadt in unterschiedlichster Form. Der Wahlkampf wird nicht in erster Linie auf der Straße, sondern in Räumen stattfinden – INDOOR, wie man heute neudeutsch sagt.

Zunächst hat René im November/Dezember in „Zukunftswerkstätten“ gemeinsam mit Interessierten über Vorstellungen und Möglichkeiten der Entwicklung unserer Stadt in den nächsten 10

Jahren diskutiert. Die Ergebnisse finden in das „Programm für Frankfurt“ Eingang. Das Programm und seine Vorstellungen zur künftigen Amtsführung des Oberbürgermeisters möchte René mit möglichst vielen Menschen in kleinen Runden, sogenannten „Wohnzimmergesprächen“ diskutieren, um sie zu gewinnen, ihn mit ihrer Stimme am 4. März 2018 zum Oberbürgermeister unserer Stadt zu wählen.

Wie alle Wahlkämpfe, muss auch dieser finanziert werden. Dabei sind wir auf die Spenden unserer Mitglieder, Sympathisanten, Freunde und Menschen angewiesen.

Aus diesem Grund hat unser Kreisvorstand beschlossen, dafür ab sofort - und insbesondere ab Januar 2018 - Spenden zur Finanzierung des OB-Wahlkampfes bei Bürgern unserer Stadt einzuwerben. Spendenlisten hierfür liegen in der Geschäftsstelle bereit.

Hans Westphal



Sozial - Gerecht - Frieden

Die Wahlkampfforderungen der Linken aktueller denn je. Die Bundestagswahl fand am 24. September statt. Mitte Dezember ist das Ende der Kungelei um die Bildung der Bundesregierung noch nicht absehbar.



In den Medien wird gestritten und spekuliert: Jamaika oder Große Koalition oder Minderheitsregierung oder Neuwahlen. Die Probleme werden hin und her gewälzt.

Ist nun jetzt, nach dem Parteitag der SPD, eine Lösung in Sicht? Der Bundespräsident und die Politiker von CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD sprechen davon, dass die „staatspolitische Verantwortung, das „Wohl des Landes“ und der „Wählerwille“ vor den Interessen der Parteien, selbst vor ihren Wahlkampfzielen, stehen sollten.

Neuwahlen sind für sie keine Option. Natürlich wird das Risiko, nochmals Stimmen zu verlieren und bereits erkämpfte Stühle im Bundestag aufs Spiel zu setzen sowie das Risiko einer schwindenden Aussicht auf Regierungsposten, nicht öffentlich gemacht.

CDU/CSU und Grüne bemühen sich um ein Bild des Bedauerns, dass die Jamaika-Koalition nicht zustande gekommen ist, weil die FDP buchstäblich in letzter Minute vor der Einigung die Sondierung beendete. Und das, obwohl die Grünen nach den Worten eines Kommentators bis zur „Vorhölle“ von den Kernaussagen

ihres Wahlprogramms abgerückt waren. Man stand vor der Einigung, wie die Wirtschaft gefördert werden muss, damit die Großaktionäre zufrieden sind, und auch dazu, was für die Mehrheit der abhängig Erwerbstätigen, für Rentner, Arme und Migranten nicht getan werden sollte. Was bewog den Vorsitzenden der FDP Christian Lindner auszuscheren? Vizekanzleramt, nebst Ministerposten, sowie mehrere Regierungsstühle für seine Mannschaft wären ihm sicher gewesen. Lindners Erklärung gibt den Aufschluss: Die FDP sei für eine „Trendwendung gewählt worden“. Diese Trendwendung war nicht erreichbar, „nicht in der Bildungspolitik, nicht bei der Flexibilisierung der Gesellschaft, nicht bei der Stärkung der Marktwirtschaft, auch nicht bei einer geordneten Einwanderungspolitik“.

Offenkundig geht es der FDP um eine noch stärkere neoliberale Durchdringung der Gesellschaft. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Ingo Kramer, langjähriges Mitglied der FDP, richtete vom „Arbeitgeberberater“ in Berlin entsprechende Forderungen an die künftige Bundesregierung. Von der SPD verlangte er, sich von Gerechtigkeitsforderungen zu verabschieden.

Zeitnahe Ereignisse lassen erkennen, was unter weiterer „Flexibilisierung der Gesellschaft und Stärkung der Marktwirtschaft“ zu verstehen ist. Im Poker um die insolvente Gesellschaft AIR Berlin wurden einige Tausende Beschäftigte auf die Straße gesetzt. Nicht einmal die Mittel für eine halbjährliche Übergangszeit wurden gewährt. Ungeachtet von Milliarden Gewinne kündigt der Siemens-Konzern die „Einsparung“ von 7000 Arbeitsplätzen an.

Damit der NATO und den Rüstungskonzernen nicht Zweifel an deutscher Politik kommen, verkündete die geschäftsführende Bundesverteidigungsministerin van der Leyen vor dem Bundestag: „Deutschland steht für Verlässlichkeit“. Diese „Verlässlichkeit“ findet ihren Ausdruck darin, dass der Bundestag als einer seiner ersten Handlungen sieben Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängerte. Das geschah mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD. Van der Leyens Kollege Bundesagrarminister Schmidt (CDU) bewies den Großaktionären des Agrarkonzern Monsanto die Verlässlichkeit der CDU/CSU durch seine Zustimmung in der EU, den Vertrieb des umwelt- und gesundheitsschädlichen Pflanzenschutzmittels Glyphosat für weiter fünf Jahr zu ermöglichen.

In den Spekulationen über mögliche Regierungskoalitionen ist oft vom „Wohl des Landes“ die Rede. Gedacht und gehandelt wird eher für das Wohl der Großaktionäre und Superreiche. Es ist doch merkwürdig, dass die BRD, die in der EU zu Sparzwängen und Aufrüstung den Ton angibt, an dem EU-Sozialgipfel in Göteborg nicht teilnahm. Auf dem jüngsten Weltklimagipfel, der in Bonn tagte, gab es keine deutschen Initiativen.. Ein Beitritt zum Antikohl-gipfel erfolgte nicht. Die herrschende Politik berührt es kaum, dass Sozialverbände im Sparzwang angesichts der zu erwartenden Kälte sich um eine unehmend Zahl der Obdachlosen, Tafelbesucher, Armen, also der Hilfsbedürftigen, sorgen.

In Deutschland gibt es z. B. fast eine Million Wohnungslose. Nun hat der Bundespräsident Steinmeier, „Experte für neoliberale Projekte und Diplomatie“, den Vorsitzenden der SPD Martin Schulz genötigt, sich der „staatspolitischen Verantwortung“ der SPD bewusst zu werden. Martin Schulz kündigte nach der Wahlniederlage am 24. September eine „Erneuerung der SPD als Oppositionsführerin im Bundestag“ an. In den bisher von SPD-Politikern geäußerten Bedingungen für eine erneute Partnerschaft mit der CDU/CSU geht es nur noch um Stückwerk aus ihrem Wahlprogramm.

Martin Schulz war Gast des „Arbeitsgebertages“. Unüberhörbar dankte er dem Verbandspräsidenten Ingo Kramer dafür, dass dieser sich zu einer „Sozialpartnerschaft“ bekennt. Deutsche Firmen bezeichnete Martin Schulz als „weltweite Vorbilder“.

Egal nach welchem Modell die künftige Bundesregierung unter Mitwirkung der SPD gebildet wird, die SPD wird eingebunden und trägt weiter Verantwortung für die neoliberale Politik. Das politische Geschehen nach der Bundestagswahl macht deutlich, dass die linke For-

derung „Sozial – Gerech – Frieden“ aktuell bleibt.

Die Linkspartei ist gefordert im Bundestag, in den Landtage und Kommunen für diese Forderung einzutreten. Dem widmet sich der von vielen Frankfurtern direkt in den Landtag gewählte Abgeordnete René Wilke mit Initiativen zum Wohle unserer Stadt. Als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters gehört ihm unsere Unterstützung.

Horst Dahmann

Der Sauerstoff der Demokratie

„Der Sauerstoff der Demokratie“, so schrieb Eric Gujer in der NZZ, „ist der politische Wechsel“. Sinkt der Sauerstoffanteil in der Luft, kommt es zu Atembeschwerden.



In den vergangenen zwei Monaten macht sich ein lastender Druck auf dem Brustkasten der Republik bemerkbar. Es werden Erinnerungen an die vierte Legislatur von Helmut Kohl wach. Sie roch nach schwerer, abgestandener Luft. Am Ende der Jahre 1994 bis 1998 schied das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Kanzler regulär aus dem Amt. Freiwillig ging er nicht. Auch nicht nach 16 Jahren.

Die Initiative für den Regierungswechsel wurde auf dem Mannheimer Parteitag der SPD von 1995 begonnen, drei Jahre vor der nächsten Wahl. Oskar Lafontaine drängte Rudolf Scharping aus dem Parteivorsitz, am Ende wurde aber nicht Lafontaine, sondern Gerhard Schröder Kandidat der SPD. Er setzte sich ein zweites Mal bei der Agenda 2010 Politik über Lafontaine hinweg und der »ge-

Lafontaine verließ die SPD und trat der WASG bei. Zusammen mit Gregor Gysi gab er 2005-2007 den zentralen Impuls zur Gründung einer neuen Partei aus WASG und PDS. DIE LINKE hatte dieses Jahr ihren 10. Geburtstag.

Bezogen auf die vor uns liegende Wahlperiode ist nur noch das »Wie?« des Amtsendes von Angela Merkel eine offene Frage. Kohl verzichtete 97 nicht auf eine weitere Kandidatur. Die Union war zur personellen Erneuerung nicht in der Lage. Die Union war auch 1999 nicht erneuerungsfähig, als der jetzige Bundestagspräsident Schäuble Parteivorsitzender wurde. Sein Rücktritt wurde durch die Aufdeckung der Schwarzkonten- und Schwarzkofferaffäre erzwungen. Merkel erklohm 2000 den Parteivorsitz, sie drängte Friedrich Merz nach der Wahl 2002 aus dem Fraktionsvor-

sitz. Seit 17 Jahren ist sie Vorsitzende Europas«, wie er manchmal in Zeitungen genannt wurde, schmiss das Amt des Finanzministers.

Obwohl DIE LINKE ein stabiles, leicht gewachsenes Fundament hat, ist in der Gesellschaft derzeit keine Stimmung in Sicht, aus der heraus eine neue linke Bewegung entstehen könnte. Es atmet sich schwer in abgestandener Luft, sie bräuchte allenthalben frischen Sauerstoff.

fährlichste Mann Europas«, wie er manchmal in Zeitungen genannt wurde, schmiss das Amt des Finanzministers. Von der letzten Verteidigerin der freien Welt zur letzten Verteidigerin ihrer vierten Amtszeit ist die Stellung von Angela Merkel seit dem September verlaufen. Die vierte Wahlperiode Merkels beginnt nun schwer an der Union zu hängen, sie scheint trotz innerparteilichen Rumorens wie von 94 auf 98 nicht erneuerungsfähig. Das Präsidium hat einen für den 16. Dezember geplanten Parteitag protestlos abgesagt. Im Unterschied zu Kohls letzter Amtszeit gab es auf dem Berliner Parteitag der SPD keine personelle und inhaltliche Erneuerung.

Obwohl DIE LINKE ein stabiles, leicht gewachsenes Fundament hat, ist in der Gesellschaft derzeit keine Stimmung in Sicht, aus der heraus eine neue linke Bewegung entstehen könnte. Es atmet sich schwer in abgestandener Luft, sie bräuchte allenthalben frischen Sauerstoff.

Thomas Nord
Mitglied des Deutschen Bundestages/ DIE LINKE
Kreisvorsitzender DIE LINKE, Frankfurt (Oder)

www.thomas-nord.de

Unsere Solidarität mit Kuba ist zeitlos

Bei einem unbekanntem Autor habe ich gelesen : Das Schönste an jedem fremden Land ist die Sehnsucht. Obwohl mir Kuba natürlich nicht fremd ist, die Sehnsucht, das Land erneut zu besuchen und viele Freunde wiederzusehen, war groß.



Bei einem unbekanntem Autor habe ich gelesen : Das Schönste an jedem fremden Land ist die Sehnsucht. Obwohl mir Kuba natürlich nicht fremd ist, die Sehnsucht, das Land erneut zu besuchen und viele Freunde wiederzusehen, war groß.

Deshalb fand im November meine dritte Kuba-Reise in den vergangenen zwei Jahren statt. Gerade nach dem Hurrikan Irma wollte ich ein Zeichen meiner Solidarität mit Kuba setzen. Das eigentliche Ziel meiner Reise bestand darin, mein 44. Miniaturbuch mit dem Titel "Kuba bleibt Kuba", vorzustellen. Der Titel ist zugleich Ausdruck meiner politischen Grundhaltung zu dem zwar fern, mir im Herzen immer nahen Kuba. Aber, es wurde viel mehr. Da in unserer Gesellschaft Massen- medien auch K(I) assenmedien sind, einige uns vorenthalte Fakten zum Hurrikan Irma im September 2017 auf Kuba. Das Land hat ca. 11,2 Millionen Einwohner. 1.863.589 Personen wurden geschädigt und erhielten Hilfe. Aus den Provinzen Kubas wurden 158.554 beschädigte Wohnungen gemeldet. Davon wurden fast 15.000 völlig zerstört. Über 103.000 Wohnungen wiesen Schäden an Dächern auf. Was besonders tragisch war, zehn Menschen starben durch den Hurrikan. Es war bereits der zwölfte, der seit 2000 Kuba traf. Aber, die Kubanerinnen und Kubaner haben mit unbeschreiblichem Einsatz in sehr kurzer Zeit, fast alle Schäden beseitigt. Obwohl die Reisebuchungen

für Kuba im September um 50 % zurückgingen, haben bisher 2017 700.000 Touristen mehr Kuba besucht als 2016. Eine für Kuba wirtschaftlich notwendige Einnahmequelle. Mein Freund Yodier Cabre-rosa Rosales vom Institut für Völkerfreundschaft in Havanna, hatte ein sehr anspruchsvolles Programm für mich vorbereitet. Darunter ein herzliches Gespräch mit Jorge L. Luna Mendoza, Direktor für Kommunikation von PRENSA LATINA. Im Ergebnis des Dialoges entstand ein Beitrag, der in ganz Lateinamerika verbreitet wurde. Er machte Frankfurt (Oder) noch mehr bekannt. Unvergessen bleibt mir das Gespräch mit Dr. Jesus Insula Pena, leitender Funktionär des Schriftstellerverbandes von Kuba. Übrigens, Dr. Jesus Insula Pena beherrschte die sächsische Mundart fast besser als ich, denn er hatte in meiner früheren Heimatstadt Leipzig studiert. Er schlug mir vor, meine zwei Kuba- Miniaturbücher "Kuba im Herzen" von 2016 und "Kuba bleibt Kuba" von 2017 ins spanische zu übersetzen und in einem Band auf Kuba zur Internationalen Buchmesse im Februar 2018 herauszugeben. Zu dieser Buchmesse lud er mich ein.

Einen für mich besonderen Menschen lernte ich, vermittelt von Werner Gericke aus Berlin, mit Jose Ruben Lores Cutino kennen und sehr zu schätzen. Er war viele Jahre Militärattaché der Botschaft Kubas in der DDR. Von Nostalgie oder Verklärtheit der Geschichte weit entfernt, ich habe auch bei dieser Ku-

ba-Reise wieder viele Menschen getroffen, die in der DDR gearbeitet oder studiert haben. Ihre Erinnerungen, so ihre übereinstimmende Meinung, die lassen sie sich geprägt durch viele persönliche, bis heute bestehenden Freundschaften, nicht nehmen. Übrigens, mein 44. Miniaturbuch "Kuba bleibt Kuba" mit dem darin in deutsch und spanisch enthaltenen Vorwort des kubanischen Botschafters in Deutschland, René Juan Mujica Cantelar, fand als mein Solidaritätsgeschenk viel Zustimmung. Was bleibt ? Vor allem meine Überzeugung, die Kubanerinnen und Kubaner gehen weiter den von Fidel Castro vorgezeichneten sozialistischen Weg, Schwierigkeiten trotzend und sie beseitigend, weiter. Aber, nicht weil sie es, wie uns der Zeitgeist ein zureden versucht, "verordnet" bekommen sondern sie es in ihrer überwiegenden Zahl auch selbst wollen.

Erik Rohrbach

Mitglied DIE LINKE, Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)



Miteinander und voneinander lernen

Unter diesem Motto wurde in der zweiten Veranstaltung dieses Semesters der Seniorenakademie eine Seite aufgeschlagen, die vom Zusammenleben deutscher und polnischer Bürger in unserer Stadt zeugt.

In einem ersten Vortrag referierte Frau Christa Moritz, Geschäftsführerin des gemeinnützigen GmbH *Arbeiten und leben in historischen Gebäuden (Arle)* zum Thema „Aufgaben der WoWi und das Zusammenleben von Deutschen und Polen in den Häusern der Wowi“. Zu Beginn erhielten die Seniorinnen und Senioren einen Überblick über den Vermietungsstand und den damit verbundenen Aufgaben der Wowi. So vermietet die Wowi gegenwärtig 7211 Wohnungen aus ihrem Bestand von 7736 Wohnungen an Mieterinnen und Mieter aus allen sozialen und Altersschichten, an In- und Ausländer zu gleichen Konditionen.

Darunter fallen auch 250 Wohnungen, die an polnische Staatsbürger vermietet werden. Um das Miteinander der Mie-

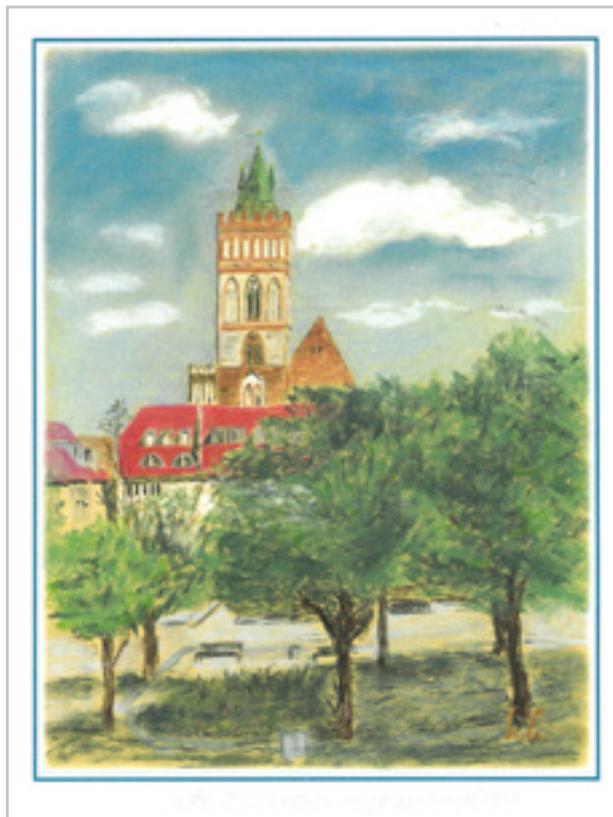
terinnen und Mieter aus 52 Nationen kümmert sich die Arle, deren Arbeit auf der Grundlage der Werte Förderung internationaler Gesinnung, Toleranz und Völkerverständigung basiert. Frau Moritz konkretisierte das u. a. am Bolfraßhaus, dem Zentrum der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in der Stadt und der Netzwerkstelle der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, die im Dezember sanierte und behindertengerecht gestaltete Räume in der Slubicer Straße beziehen wird. Deutsche und polnische Bürgerinnen und Bürger, junge wie alte, können den Sprachkurs in Anspruch nehmen, werden so wie 2016 die märchenhafte Vorweihnacht erleben oder in der Wichtelwerkstatt in der Karl-Marx-Straße 180 sich kreativ betätigen können. Die Termine dafür werden die regionalen Medien sowie die Internetseite der Wowi übermitteln.

Leider blieb wenig Zeit für den zweiten Vortrag, in dem Herr Ariel Pawelczyk, Manager bei Home Partner Nieruchomosci in Slubice, über die Woh-

nungssituation in seiner Stadt berichtete. So ist nur jede 10. Wohnung eine kommunale und steht für die rund 19 000 Einwohner zur Verfügung. So orientiert sich die Mehrheit auf dem privaten Sektor als Mieter bzw. kauft oder baut Wohneigentum. Der hohen Nachfrage entspricht auch ein hoher Preis sowohl bei den Mieten als auch für das Wohneigentum. Für junge Polen gilt die Maxime: sich um einen sicheren Arbeitsplatz und um eine eigene Wohnung kümmern.

Beiden Referenten und der Übersetzerin Frau Natalia Szulc galt anschließend der Dank der deutschen und polnischen Seniorinnen und Senioren. Die nächste Veranstaltung findet am 12. Dezember im Collegium Polonicum statt.

Sonnhild Grünberg



DIE LINKE. Frankfurt (Oder) im Wandel

Leitantrag an den 6. Kreisparteitag, 1. Tagung am 14. Oktober 2017

*Im Sinne einer diskriminierungsfreien Sprache unter Berücksichtigung aller biologischen und sozialen Geschlechter wird im folgenden Text bei nicht geschlechtsneutralen Bezeichnungen die Schreibweise „*in“ / „*innen“ verwendet.*

Leitantrag an den 6. Kreisparteitag,
1. Tagung am 14. Oktober 2017



DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder) im Wandel

1. Präambel

Eine historische Zäsur: erstmals seit vielen Jahrzehnten sitzen wieder Nazis im Deutschen Bundestag. Größer werdende Teile der Gesellschaft sind geprägt von einem konservativen und reaktionären Zeitgeist, für welchen nicht alleine die AfD verantwortlich ist. Das macht es in diesen Zeiten für progressive Kräfte schwer. Dennoch hat DIE LINKE bei den vergangenen Bundestagswahlen ein insgesamt gutes Ergebnis erzielt. Insbesondere in den alten Bundesländern sind uns bedeutende Stimmenzuwächse gelungen. Im Osten mussten wir auch einige Stimmverluste zur Kenntnis nehmen. Diese Entwicklung ist symptomatisch für den strukturellen Umbruch, welchen DIE LINKE aktuell erlebt. Wir erschließen neue, urbane Schichten. Die Partei verjüngt sich und arbeitet enger mit einer breiteren gesellschaftlichen linken Bewegung zusammen.

DIE LINKE Frankfurt (Oder) befindet sich ebenso im Wandel. Wir haben uns geöffnet und sind trotzdem, aber auch gerade deswegen, die stärkste Kraft wenn es um konsequent linke Politik geht: sozial, gerecht, antifaschistisch, für Frieden, für Alle. Unser Ziel ist, das Leben für alle Menschen in Frankfurt nicht nur einfacher, sondern auch gerechter zu machen. Uns ist bewusst, dass wir mit aktueller Kommunal- und Lan-

despolitik allein nicht die nötigen Rahmenbedingungen schaffen können, um die Gesellschaft hin zu einer gerechteren Gesellschaft verändern zu können. Dennoch gibt es auch in unserem direkten politischen Wirkungsbereich Chancen, das Leben von vielen Menschen zu verbessern. Diese Chancen wollen wir nutzen, gemeinsam mit allen Bündnispartner*innen, die diese Ziele teilen.

2. Schwerpunkte der politischen Arbeit

Mit unserer politischen Arbeit in Frankfurt (Oder) als starke, gestaltende politische Kraft wollen wir zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland beitragen, mit dem Ziel eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.

Bis zum Abschluss der Oberbürgermeister*inwahl liegen die Prioritäten des Kreisvorstandes insbesondere im Wahlkampf, der Planung des Brückenfestes und der Sicherstellung des laufenden Geschäftsbetriebes. Im Mai 2018 wird ein Kreisparteitag stattfinden, welcher sich mit der weiteren Zukunft beschäftigen wird.

2.1. Außerparlamentarische Arbeit

2.1.1. Wahlkämpfe

In den kommenden zwei Jahren finden die Oberbürgermeister*inwahl in Frankfurt, die Wahl des Europäischen Parlaments, die Kommunalwahlen und die Wahl des Landtages Brandenburg. Wir wollen sie mit persönlichem Engagement erfolgreich bestreiten.

Die Aufgabe des Kreisvorstandes dabei ist es, die inhaltlichen, organisatorischen, personellen und finanziellen Vorbereitungen im Kreisverband voranzutreiben. Für die Durchführung der Wahlkämpfe wird ein Wahlteam eingesetzt, welches gemeinsam mit dem Kreisvorstand die Leitung der Wahlkämpfe übernimmt.

Am 4. März 2018 entscheiden die Frankfurter*innen über die Zukunft unserer Stadt – sie wählen eine*n neuen Oberbürgermeister*in. Für uns als LINKE ist klar: Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und weiteren politischen Gruppierungen und Unterstützer*innengehen wir in die Oberbürgermeister*inwahl.

Unser Ziel ist ein Generations- und Kulturwechsel an der Verwaltungsspitze. Wir setzen dabei auf Kooperation und Team-

arbeit statt Streit und Uneinigkeit. Mit einem LINKEN Oberbürgermeister werden wir dafür sorgen, dass die Menschen in unserer Stadt über wesentliche Weichenstellungen mitreden, mitdiskutieren und mitentscheiden können.

Wir wollen eine lebenswerte, menschenwürdige und weltoffene Stadt - ein Frankfurt für alle!

2.1.2. Außerparlamentarische Aktivitäten zwischen den Wahlkämpfen

Den Zeitraum zwischen dem Oberbürgermeister*inwahlkampf und dem Beginn des Kommunal- und Europawahlkampfes wollen wir nutzen, um unsere alternativen Reformprojekte bekanntzumachen (z.B. Eine Rente zum Leben, Armut bekämpfen, Bezahlbare Mieten, Gesundheit). Uns muss es noch besser gelingen, die praktischen Auswirkungen unserer politischen Forderungen auf die Lebenswelt von in Frankfurt lebenden Menschen hervorzuheben. Dazu organisieren wir Infostände, thematische Gesprächsrunden und bieten sowohl unseren Mitgliedern als auch Sympathisant*innen und interessierten Bürger*innen Mitmachangebote.

2.1.3. Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft

Außerparlamentarische Bewegungen können Druck auf die Politik ausüben und so Verbesserungen erreichen. Die Frankfurter Zivilgesellschaft ist bunt und vielfältig. Gewerkschaften, Initiativen, Verbände und Vereine bereichern das Leben in unserer Stadt und leisten durch das Fördern von Werten wie Vielfalt, Toleranz, Mitmenschlichkeit und soziale Gerechtigkeit wichtige Arbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Dieses Engagement wollen wir fördern und stärken. Wir sind auch weiterhin Partner für soziale Bewegungen. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften werden wir vertiefen. Beschäftigte im Arbeitskampf, im Streiten für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu unterstützen, ist für uns selbstverständlich. Es gilt die Selbstaktivität der Menschen und den Widerstand gegen herrschende Verhältnisse zu stärken.

2.1.4. Brückenfest

Das Brückenfest ist das einzige politische Volksfest für die ganze Familie in unserer Stadt. Jedes Jahr besuchen uns gut 20.000 Menschen um sich informieren und zu diskutieren, mit uns, unseren Partner*innen und anderen Teilnehmer*innen des Brückenfestes. In Auswertung des 25. Brückenfestes haben wir uns über die Zukunft des Festes verständigt. Der Kreisvorstand wird beauftragt, auf einer noch dieses Jahr stattfindenden Tagung des Kreisparteitages ein entsprechendes Grundsatzpapier zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

2.2. Parlamentarische Arbeit

In Frankfurt sind Politiker*innen der LINKEN von kommunaler bis europäischer Ebene vertreten. Der Kreisverband der LINKEN in Frankfurt erwartet ein hohes Maß an Engagement für die Region in und um Frankfurt, sowie für die Parteigliederungen. Auf Gesamtmitgliederversammlungen, öffentlichen Veranstaltungen, Sprechstunden, über die Pressearbeit, sowie im Roten Hahn und unseren Onlineangeboten informieren sie regelmäßig über ihre Arbeit. Des Weiteren suchen sie den Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern und bringen sich in Diskussionsprozesse ein.

3. Parteientwicklung

Eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Schwerpunkte der politischen Arbeit unseres Kreisverbandes ist, die Aktionsfähigkeit des Kreisverbandes sicherzustellen und auf sich abzeichnende Veränderungen zu reagieren.

3.1. Die Rolle der Kreisgeschäftsstelle

Aufgabe der Kreisgeschäftsstelle ist die Unterstützung der Arbeit des Kreisverbandes, seiner Organe und Gremien sowie der im Kreisverband wirkenden Zusammenschlüsse. Sie soll das Organisationszentrum unseres Kreisverbandes und auch eine attraktive, moderne Kommunikationszentrale sein, in der die über verschiedene Wege kommenden Informationen gebündelt und an die Mitglieder verteilt werden. Mit ihr wollen wir unsere Partei im Stadtbild sichtbar machen. In ihr soll über LINKE Politikangebote informiert werden, sie soll zentraler Treffpunkt für Mitglieder sein, durch einladende Angebote Bürger*innen interessieren und den Kreisverband persönlich ansprechbar präsentieren. Der Kreisvorstand wird beauftragt, die Kreisgeschäftsstelle so aufzustellen, dass diese den vorstehend formulierten Anspruch erfüllen kann.

3.2. Die Rolle der bestehenden

Basisorganisationen

Die Basisorganisationen bilden das Rückgrat der Partei. Durch sie wird das Mitgliederleben organisiert und erfahrbar gemacht. Es ist darauf zu achten, dass sie auch weiterhin Heimstätte für bisherige Mitglieder bleiben. Der persönliche Kontakt und die Einbeziehung von erkrankten Mitgliedern muss weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Mitgliederpflege durch die Basisorganisationen sein. Zur konkreteren Gestaltung und Aktivierung der politischen Arbeit in den städtischen Wahlkreisen ist das Zusammenwirken der Basisorganisationen mit den gewählten Stadtverordneten weiterzu intensivieren, besonders in Vorbereitung der Kommunalwahlen.

Insbesondere jüngere Neumitglieder sind eher jenseits der

Basisorganisationen aktiv. Diese Situation nehmen wir zum Anlass, um uns darüber zu verständigen, wie uns die Integration von Neumitgliedern in die Strukturen unserer Partei gelingen kann.

3.3. Mitgliedergewinnung und Mitmach-Möglichkeiten

Die Mitgliedergewinnung muss eine Hauptaufgabe in der Mitgliederarbeit unseres Kreisverbandes werden. Darum werden wir eine Initiative starten, mit der wir gemeinsam mit anderen Kreisverbänden den Landesvorstand dazu auffordern die Entwicklung einer Mitgliedergewinnungskampagne im Landesverband zu steuern. Der Kreisvorstand wird beauftragt, sicherzustellen, dass eines seiner Mitglieder die Verantwortung für die Steuerung der Mitgliedergewinnung übernimmt. Dazu wird die AG Mitgliedergewinnung aktiviert.

Die bestehenden Mitmach-Möglichkeiten sollen auf den Prüfstand gestellt, wenn erforderlich qualifiziert und neue Mitmach-Möglichkeiten allen Mitgliedern Kreisverbandes aber auch Sympathisant*innen angeboten werden. Die Möglichkeiten für die Beteiligung an parteipolitischen Aktivitäten und die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit miteinander zu verknüpfen, muss dabei im Fokus stehen. Ziel ist, die Aktionsfähigkeit unseres Kreisverbandes sicherzustellen und zu steigern. Wichtig für einen funktionierenden Kreisverband und die Absicherung zu besetzender Mandate auf Kommunebene ist die Gewinnung und Entwicklung von Personal für die Funktionen im Kreisverband und für die Mandate. Dies soll eine ständige Aufgabe sein.

3.4. Politische Bildung und Qualifizierung der Mitgliedschaft

In Zusammenarbeit mit der Kommission Politische Bildung beim Landesvorstand und anderen Partnern werden wir 2018 und 2019 je zwei offene Tage der politischen Bildung für Mitglieder und interessierte Sympathisant*innen organisieren. Eine weitere Aufgabe ist die Reaktivierung der AG Politische Bildung, wobei in und außerhalb unserer Basisorganisationen für die Mitarbeit in der AG geworben werden soll. Zur Stärkung der Personalentwicklung im Kreisverband sollen entsprechende Bildungsangebote des Landesverbandes, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des kommunalpolitischen Forums genutzt werden.

3.5. Öffentlichkeitsarbeit und parteiinterne Kommunikation

Auch zukünftig sollen die Informationsbedürfnisse unserer Mitglieder und der interessierten Öffentlichkeit mit unserem

Informationsblatt Der Rote Hahn, unsere Webseite, unserer Präsenz in den sozialen Medien, Anzeigen sowie Pressemitteilungen bedient werden. Dabei ist es stets Ziel, die Präsenz unserer Partei qualitativ und quantitativ zu erhöhen.

Der Rote Hahn soll zum Einen über die parteipolitischen Aktivitäten unseres Kreisverbandes, die Arbeit der Stadtfraktion und das innerparteiliche Leben informieren, zum Anderen auch den Blick über den Tellerrand öffnen. Dies ist nur möglich, wenn sich viele Mitglieder dafür engagieren. Wir streben an, die AG Der Rote Hahn weiter zu stärken. Neben der Herausgabe des Roten Hahnes im Papierformat wird dieser auch auf der Homepage unseres Kreisverbandes veröffentlicht und in sozialen Medien verbreitet.

Die Homepage unseres Kreisverbandes soll attraktiver gestaltet und ihre Aktualität sichergestellt werden. Für ihre Pflege wollen wir interessierte Genoss*innen gewinnen. Im Rahmen der parteiinternen Kommunikation wird der regelmäßige Informationsaustausch zwischen dem Kreisvorstand und den Basisorganisationen sowie Zusammenschlüssen organisiert. Interessierten Mitgliedern sollen darüber hinaus offene Foren, Werkstattgespräche und thematische Mitgliederversammlungen angeboten werden, in denen sie politische Themen diskutieren und sich an den Politikentwicklungsprozessen beteiligen können.

3.6. Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Oder-Spree

Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Oder-Spree intensivieren. Wir streben an, dass die Kreisverbände Oder-Spree und Frankfurt (Oder) mit einem/einer gemeinsamen Kandidatin/Kandidaten zur Wahl des neuen Landesvorstandes während der 1. Tagung des 6. Landesparteitages antritt.

Kann ein Einwanderungsgesetz links sein?

Zur Diskussion dieser Frage hatte DIE LINKE in Berlin Neukölln am 25. Oktober ins Abgeordnetenbüro RigoRosa eingeladen.

Es diskutierten die Juristin Dr. Lena Kreck, die an einem ersten Entwurf für ein linkes Einwanderungsgesetz mitgewirkt hat, sowie die LINKE-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke mit dem Publikum. Die Moderation übernahm Bundesvorstandsmitglied Katharina Dahme. Das Entwurfspapier, welches seit Januar 2017 veröffentlicht ist, sei, so Kreck, ein offenes Diskussionsangebot, welches das Parteiprogramm mit der Formulierung der „offenen Grenzen“ konkret mache.

Sie ging auf drei Punkte ein. Erstens sollte ein solches Gesetz das Asylrecht wieder ausbauen, wobei es um die Erweiterung um wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte für die Gehe, die nach Deutschland kämen. Zweitens schlage das Papier vor, die derzeitige Logik des Aufenthaltsgesetzes grundsätzlich in Frage zu stellen, nach der nur solche Personen hier bleiben dürfen, die sich selbst wirtschaftlich tragen können. Der Formulierungsvorschlag laute daher, dass all jene eine Aufenthaltsgenehmigung bekämen, die hier „einen sozialen Anknüpfungspunkt“ hätten. Drittens spreche man sich eindeutig für die mehrfache Staatsangehörigkeit aus, um beispielsweise auch die politische Teilhabe nicht von einer deutschen Staatsangehörigkeit abhängig zu machen.

Ulla Jelpke, die nach eigenen Angaben seit 2000 an dieser Debatte beteiligt

ist, warf Kritik in den Raum. Sie fragte: Welchen Ertrag brächte ein solcher Gesetzesvorschlag in der aktuellen gesellschaftlichen Situation, in der sogar der Vorstoß einer CDU-Kanzlerin, Geflüchtete hier in Deutschland willkommen zu heißen, den gesellschaftlichen Diskurs nicht nach links, sondern eher nach rechts verlagert habe? Jelpke wies daraufhin, dass uns als Teil der linken gesellschaftlichen Kräfte ohnehin die Mehrheiten – auch im Parlament – für die Umsetzung eines solchen Konzepts fehlten. Sie sei dann auch nicht bereit, daran mitzuwirken, wer unter den Gesichtspunkten kapitalistischer Verwertbarkeit in Deutschland bleiben dürfe und wer nicht, denn das sei die vorherrschende Logik.

Wir müssten mit einem Gesetz aber auch gezwungenermaßen Vorschläge machen, wie zu regeln sei, wer Deutschland verlassen müsse. Sie lehne Zwangsabschiebungen aber entschieden ab; gleichzeitig befürchte sie eine Überforderung, wenn ein solches Gesetz, wie in dem Papier vorgeschlagen, in Kraft trete. Die Mitgliedschaft in einem Sportverein als „sozialen Anknüpfungspunkt“, ein Beispiel, welches in der Debatte aufkam, halte sie für nicht ausreichend.

Die Bundestagsfraktion arbeitet derzeit in vielerlei Hinsicht daran, Menschen das Bleiberecht zu ermöglichen. Jelpke schlug die Ausweitung des Schutzbe-

griffes vor, was bedeute, dass die Liste der anerkannten Fluchtursachen ausgeweitet würde – dies betreffe zum Beispiel extreme Armut.

Hier fanden die Argumentationslinien von Jelpke und Kreck zusammen, da die von Kreck angesprochene Ausweitung des Aufenthaltsgesetzes auf wirtschaftliche Menschenrechte im Grunde Ähnliches meint. Die Diskussion brach auch nach Ende der Veranstaltung nicht ab, denn die intensive Debatte dazu innerhalb der Partei ist gerade erst angelaufen. Das Papier ist öffentlich und sollte genutzt werden, um zu diskutieren, welche Rolle DIE LINKE in der aktuellen Diskussion um Migration und insbesondere um Einwanderung nach Deutschland spielen sollte.

Gesine Dannenberg
DIE LINKE. Potsdam

Spahn - fauler Versager

Eine Erhöhung des Renteneintrittalters bedeutet de facto Rentenkürzung und Enteignung. Denn Viele, gerade diejenigen, die körperlich hart arbeiten, arbeiten jetzt schon nicht bis zum Renteneintrittsalter, weil sie es körperlich schlicht nicht können. Jedes Jahr weiter weg von der (sowie so geringen) Rente bedeutet ein Jahr

mehr Stress mit Amt und Behörden, um wenigstens überleben zu können.

Dabei zeigt sich eins: Enteignung ist nur schlimm, wenn sie Reiche treffen soll. Dabei ist der Wohlstand, in dem wir leben, erarbeitet von allen und nicht den wenigen Reichen. Aber das interessiert diese neoliberalen Gewinnertypen wie

Jens Spahn nicht - für ihn ist es selbstverständlich, dass andere für ihn arbeiten und er ihnen dann erklärt, dass sie faule Versager sind.

Julia Schramm
Landesvorstand DIE LINKE. Berlin

Ein erfülltes Leben

Andenken an Genossin Rosmarie Matting



Rosemarie Matting

Die Genossinnen und Genossen der Basisgruppe Süd sind betroffen vom Tod unserer Genossin Rosmarie Matting am 14. November, zwei Tage vor ihrem 80. Geburtstag.

Bis zuletzt war Rosi, wie sie von allen genannt wurde, voll Tatendrang und Optimismus. Lange hat Rosi mit ihrer Krankheit gekämpft und dabei nie den Mut verloren. Rosi Matting hat als Kind die Schrecken des Krieges erlebt.

Das hat sie politisch geprägt in ihrem unbeugsamen Eintreten für die Sicherung des Friedens in der Welt und die Freundschaft zur Sowjetunion. Als Konsequenz dieser Haltung hat sie den Weg in die FDJ und SED gefunden. Viele Mitglieder unserer Kreisorganisation der Partei DIE LINKE kennen Rosi Matting als unsere „Nelkenrosi“.

Vom ersten Brückenfest an hat sie Mainelken gebastelt. Aus dem Spendenerlös konnte jedes Jahr ein größerer Geldbetrag für Kinderhilfsprogramme übergeben werden.

In den letzten Jahren hat Rosi vermehrt Genossinnen und Sympathisantinnen in die Herstellung der Mainelken einbezogen.

Das ist nun die Grundlage dafür, daß ihre Nelken auch in Zukunft das Brückenfest bereichern. In der Basisgruppe hatte Rosi über viele Jahre die Verteilung des „Roter Hahn“ an Mitglieder und Sympathisanten übernommen.

Außerdem kümmerte sie sich um Genossen, die im Seniorenheim untergebracht waren oder außerhalb Frankfurts wohnten.

Viel Kraft und Einsatz leistete Rosi für und mit Kindern, denn ihr Herz schlug immer für Kinder. Legendar sind die vielen Teddys aus ihrer Bastelwerkstatt, die viele Kinder sogar bis nach Witebsk begleitet und getröstet haben. Auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungsreihe „Wir sind eine große Familie“ war Rosi vor 1990 aktiv tätig.

So ist ihr Leben auf vielfältige Weise mit der kulturellen Entwicklung Frankfurts verknüpft. Wir werden Rosi Matting in ehrender Erinnerung behalten.

Frank Mende

IMPRESSUM DER ROTE HAHN

Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.
Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Thomas Nord
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: (0335) 4002047

Fax: (0335) 4002031

Email:

geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

Internet: www.dielinke-ffo.de

Facebook:

https://facebook.com/dielinkeffo

Spendenkonto:

Kontoinhaber:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

IBAN:

DE73 1705 5050 3200 6168 99

BIC: WELADED1LOS

bei der Sparkasse Oder-Spree

Kennwort: **Spende**

Kontakt:

DER ROTE HAHN

Ansprechpartner: Jan Augustyniak

Email:

der-rote-hahn@dielinke-ffo.de
Beiträge bitte an diese Adresse
senden!

Druck: Eigendruck

Auflage: 600

Nächste Ausgabe:

11.01.2018

**Redaktionsschluss für die
nächste Ausgabe:** 08.01.2018

Nachdrucke einzelner Artikel oder
der gesamten Ausgabe bedürfen
keiner Genehmigung, um eine
Quellenangabe wird jedoch gebeten.
Die Rechte an den Bildern liegen,
sofern nicht anders gekennzeichnet,

bei DIE LINKE. Kreisverband
Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus
100% Altpapier. Ausgezeichnet
mit dem Blauen Engel und dem EU
Ecolabel.



„Tschüss Ingolf!“ Zum Tod von Ingolf Lenz

Ingolf Lenz ist tot. Gerade einmal 60 Jahre ist er alt geworden. Viele kannten ihn als den Sänger und Gitarristen des Kultduos „Bierke und Lenz“. Weit über 10 Jahre begleitete die beiden Musikanten das Programm der Politbühne beim Brückenfest am 1. Mai. Nun ist die Stimme von Ingolf verstummt und sein Gitarrenspiel verklungen.



Ingolf Lenz auf dem Brückenfest 2009

Es gibt Menschen deren Lebenswege immer wieder die eigenen kreuzen. Ingolf Lenz war so einer. Anfang der Achtziger Jahre, hatte ich meine erste eigene Bude in der Großen Müllroser Straße bezogen. Außer einem alten Schuster wohnten in dem Haus nur noch junge Leute, denn das Haus war so verfallen, daß man keine Wohnungszuweisung brauchte, um dort einzuziehen. Ein OK des Verwalters reichte. Es war ein Westgrundstück.

Das Klo war auf der halben Treppe und im Winter frohren die Wasserleitungen ein. Unsere Wohnungseinrichtungen ähnelten sich. Ein Bücherregal aus Bierkisten, eine alte Anrichte und ein Schreibtisch vom Sperrmüll. Auf dem Boden lagen Matratzen. Wir wollten damals anders sein. Alles anders machen als die Alten. Wir waren alternativ und hatten keine Fernseher, dafür aber Stereoanlagen mit großen Boxen. Aus denen dröhnten die Songs von den Scherben (TSS, oder „Ton, Steine, Scherben“).

„Keine Macht für Niemand“ und „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ waren so etwas wie Hymnen für uns.

Unsere Wohnungen waren nicht abgeschlossen. Leute kamen und gingen. Abends saßen wir bei dem, der Kohlen zum Heizen hatte, oder etwas zum Trinken. Irgendwer war immer zu Besuch. Auch Ingolf Lenz tauchte da öfter mal

schnappte mir Ingolf die Freundin weg und kam erst mal nicht mehr in unser Haus. Ich musste dann zur Armee und so verloren wir uns aus den Augen.

Rund 10 Jahre später – Anfang der Neunziger, traf ich Ingolf zufällig am Helensee wieder. Noch immer war er der Mann mit der Gitarre, der für und in seine Musik lebte. Ich hingegen verkaufte Pizzen, hatte eine kleine Firma aufgebaut und verdiente Geld. Viel hatten wir uns da nicht zu sagen. Ein erfreutes „Hallo“ und ein paar Sätze mit „Weist Du noch . . .“ Unsere Lebenswelten waren andere geworden.

Wieder vergingen ein paar Jahre und ich hatte begonnen Ende der Neunziger, Anfang der Zweitausender ein paar Konzerte im Gleis 1, dem ehemaligen Bahnhofsrestaurant, zu veranstalten. Irgendwann in dieser Zeit standen dann Manni Bierke und Ingolf Lenz vor mir und verkündeten, sie seien nun das Kultduo „Bierke & Lenz“ und würden gern mal spielen. Es waren deutschsprachige Songs, die die Zuhörer oft zwar kannten, aber erst beim zweiten Zuhören wieder erkannten.

Das Kultduo hatte sie völlig neu arrangiert und interpretiert. Die Lieder waren meist fröhlich, aber auch ernsthafte Songs spielten sie mit einem Augenzwinkern. Mir gefiel das.

auf. Auf seiner Gitarre spielte er die Rio Reiser Songs auf eine eigene Art. Wir diskutierten, hörten Musik und sofften miteinander. Dann Bierke und Lenz verstanden sich als Kneipensänger. Als Dienstleister in Sachen Musik für die Leute. Ingolf suchte nach Songs, sang und spielte Gitarre, während Manni den Bass zupfte, rezierte und sich um die Geschäfte kümmerte. Auf der Bühne verschmolzen sie zu einer Einheit und spielten sich die Bälle zu.

Es ergab sich, daß wir nun mehrmals pro Jahr gemeinsame Termine hatten und gern miteinander arbeiteten. Einer dieser Termine war über viele Jahre der 1. Mai. Mehr als 15 Jahre begleitete das Kultduo musikalisch die Diskussionen auf der Politbühne des Brückenfestes in Frankfurt. Aber auch bei Straßenfesten, Weihnachtsmärkten, Kneipenabenden, betrieblichen und privaten Feiern sahen wir uns.

In den letzten Jahren betrachtete Ingolf die Muggen im Kultduo zunehmend als reinen Broterwerb. Er widmete sich wieder mehr eigenen Projekten, denen der kommerzielle Erfolg verwehrt blieb. Das war ihm egal. Ingolf brannte für seine Musik, fand immer wieder Songs „die wahr“ waren. Ich habe ihm gerne zugehört. Aber wir hatten zwei verschiedene Lebenswelten. Nur einmal fanden wir wirklich einen Draht zueinander. Das war in den Achtzigern beim Weltverbessern. Das ist nun fast 40 Jahre her. Aber wir sind uns immer wieder gern begegnet.

Ingolf, mach´s gut – und vielleicht begegnen wir uns ja irgendwann, irgendwo, da oben mal wieder.

Bernhard Sobanski

#metoo - konsequent statt Konsequenzen

Vor nun zwei Wochen begann im Netz der Hashtag #metoo viral zu gehen. Mit ihm berichteten zumeist Frauen von ihren Erfahrungen mit sexueller Belästigung und Übergriffen. Der Anstoß kam zwar zu dieser Zeit aus Hollywood, wurde aber bald international und von unterschiedlichsten sozialen Gruppen benutzt. Erst einmal ein wichtiger Schritt, der verdeutlicht, dass vermutlich jede Frau (und auch einige Männer) in ihrem Leben immer wieder sexuell belästigt wird.

Leider ist es den meisten irgendwie schon klar gewesen, dennoch ist es möglicherweise eine andere Qualität, es auf Facebook auch von Verwandten und Bekannten zu lesen oder von den sonst so perfekten Frauen aus dem Showbiz. Dennoch ist es ein Scheinwerfer der auf #metoo gerichtet ist, der nur jene beleuchtet die sich ins Licht trauen und gesehen bzw. gelesen werden wollen. Im Dunkeln liegt noch viel mehr. Außerdem wird er möglicherweise nicht lange strahlen.

Wie auch bei dem Hashtag #aufschrei, wird die öffentliche Debatte um das Thema sexualisierte Gewalt und Alltagssexismen nur kurze Zeit anhalten, alle sind empört und finden es ganz schlimm und ein paar Wochen später redet niemand mehr darüber. Klingt zynisch? Nun ja, leider sieht die gesellschaftliche Situation gerade eher nach einem Backlash aus, als nach dem Moment, in dem wir es schaffen, nachhaltig etwas an sexistischen Strukturen zu ändern. Mit der rechts-konservativen Mehrheit im Bundestag und der AfD in vielen Landes- und Kommunalparlamenten sind feministische und antiseixistische Vorstöße auf institutioneller Ebene eher unwahrscheinlich.

Es braucht also ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, in dem wir für Veränderungen kämpfen. Für sexuelle Selbstbestimmung und für das Aufbrechen von patriarchalen Machtstrukturen, die Sexismus befördern, denn sie sind die Grundlage. Wir müssen den Finger immer wieder in die Wunde legen, auch wenn es weh tut. Damit meine ich auch in der eigenen Partei und politischen Organisation ansprechen zu können, wenn ich Verhalten sexistisch und übergriffig empfinde, ohne als hysterisch oder übersensibel abgestempelt zu werden, denn auch unsere Partei ist nicht frei von Sexismus, sie ist Teil dieser Gesellschaft.

Als ich #metoo postete, überlegte ich, ob ich eine Geschichte dazu schreibe. Mir würden unzählige einfallen – leider – viele auch aus meiner politischen Arbeit. Ich habe es nicht getan, weil ich dachte es würde mir vorgeworfen werden, als parteischädigend. Dann habe ich mich über diesen Gedanken geärgert, weil ich mich damit genau in die benannten Strukturen gebe die Frauen immer wieder zum Schweigen bringen. Ich habe mich zu oft nicht getraut zu sagen, wenn ich etwas falsch oder übergriffig fand, aus Angst vor den Konsequenzen. Das gilt für die Angestellte, die Angst um ihren Job hat und das Klima auf Arbeit, wenn sie über sexistische Vorfälle in der Firma berichtet, das gilt aber ebenso für Frauen in Parteien, die – um nicht der Störenfried zu sein oder von den „eigentlichen politischen Themen abzulenken“ – schweigt. Wir müssen Strukturen verändern – intern und extern.

Claudia Sprengel
ParteiVorstand DIE LINKE

